

# ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 25. Januar 2019 – 1/2019

## Die „Gelbwesten“-Protestbewegung in Frankreich

### Hintergründe und Schlussfolgerungen

**Reinhard Meier-Walser** /// Frankreich ist seit November vergangenen Jahres Schauplatz der gewalttätigsten Ausschreitungen seit der Studentenrevolte des Jahres 1968. Die dezentrale, über soziale Netzwerke mobilisierte Protestwelle der „Gelbwesten“ („gilets jaunes“) hatte sich an einer geplanten Erhöhung der Treibstoffpreise entzündet und rasch zu einer primär gegen Präsident Emmanuel Macron gerichteten Sozialrevolte mit bis zu 300.000 Protestierenden ausgeweitet. Zwar verschaffte sich Macron durch milliardenschwere Konzessionen an sozial Schwächere zwischenzeitlich etwas Luft, aber er steht im Jahr der Europawahlen vor einem Bündel schwerer Probleme:

- Die Rädelsführer der Gelbwesten können jederzeit wieder eine Mobilisierung der Protestbewegung in Gang setzen, zumal sie erkannt haben, dass Macron sich unter dem Druck der Straße zum Einlenken gezwungen sieht.
- Die Europawahlen drohen zu einem Referendum über den Präsidenten zu mutieren, von dessen Popularitätsverlusten extremistische Gruppierungen profitieren. Macrons „La République en Marche“ rangiert in den Prognosen der Umfrageinstitute hinter Marine Le Pens rechtsradikalem „Rassemblement National“.
- Macrons eigene Europa-Strategie wird zudem dadurch belastet, dass seine mit 12 bis 15 Milliarden Euro zu Buche schlagenden Zugeständnisse an die Protestierenden die im Haushaltsentwurf für 2019 vorgesehene Einhaltung der EU-Haushaltsdefizit-Regeln in Frage stellen.

# Die „Gelbwesten“-Protestbewegung in Frankreich

## Hintergründe und Schlussfolgerungen

Reinhard Meier-Walser

### Hintergründe der Gelbwesten-Bewegung

Die dezentrale, fast ausschließlich über soziale Netzwerke mobilisierte Gelbwesten-Bewegung, die im November 2018 begann, sich im Laufe ihres Anschwellens neben Paris auf nahezu alle Landesteile Frankreichs erstreckte und zeitweilig nahezu 300.000 Protestierende umfasste, entzündete sich an einer von der französischen Regierung geplanten Steuererhöhung auf Benzin und Diesel. Die Proteste waren bislang sowohl durch friedliche Demonstrationen, Straßenblockaden und Sperrungen von Straßenkreuzungen als auch durch Drohungen und Angriffe gegen Politiker und Medienvertreter, Brandlegungen sowie andere Formen von Vandalismus geprägt, die in „wahre Zerstörungorgien“<sup>1</sup> mündeten und in ihrem Gesamtdeliktbild die gewalttätigsten Ausschreitungen darstellen, die Frankreich seit der Studentenrevolte des Jahres 1968 erlebt hat.

Hinter dem Unmut über die von Präsident Macron umwelt- und klimapolitisch begründete „Ökosteuer“ verbergen sich tiefersitzende und deutlich spürbare Sorgen breiter Kreise der französischen Bevölkerung, zu den Verlierern der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der Globalisierung und Digitalisierung zu gehören. Während derartige Zukunftsängste aufgrund derselben Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch in anderen westlichen Industrienationen in ähnlicher Intensität konstatierbar sind, unterscheidet sich die Situation in Frankreich vor allem dadurch, dass der Präsident der Republik seinen Landsleuten bei seinem fulminanten und strahlenden Amtsantritt im Mai 2017 eine „Revolution“ verheißen hatte, von der viele Franzosen eine spürbare Verbesserung ihrer individuellen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Situation erwartet hatten.

Emmanuel Macrons Versprechen, im Falle seines Sieges für eine deutliche Senkung der hohen Arbeitslosenquote von über neun Prozent zu sorgen, hatte ihm im Präsidentschaftswahlkampf wertvolle Stimmengewinne verschafft. Allerdings sind es nun genau die (wirtschaftsfreundlichen) Maßnahmen, die der Präsident im Zuge seiner Reformstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits umgesetzt (wie die Abschaffung der Vermögenssteuer) oder noch geplant hat (wie eine Deregulierung des Arbeitsmarktes), die von den Gelbwesten als sozial ungerecht gegeißelt werden.

Viele der Franzosen, insbesondere aus der unteren Mittelschicht („classe populaire“), die Macron im Mai 2017 ihre Stimme gegeben haben, fühlen sich mittlerweile von ihrem Präsidenten enttäuscht. Sie unterstellen ihm, durch eine Wirtschaftspolitik, die „auf Liberalisierung setzt, sowie eine Fiskalpolitik, die Vermögende und Unternehmen begünstigt“,<sup>2</sup> anstelle auch der Unterprivilegierten lediglich die Wohlhabenden und Reichen im Blick zu haben. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend fraglich, ob Macron, der sein Land als „wiederauferstandenen Unternehmensstandort portraituren will“,<sup>3</sup> seinen Reformkurs unbeirrt weiterverfolgen kann.

## Emotionale Solidarität als Mobilisierungsfaktor

Für den als „Jupiter“ gestarteten Präsidenten, dessen Popularitätswerte in den vergangenen Monaten drastisch gesunken sind, ist besonders delikater, dass die diversen Forderungen der Protestbewegung – etwa nach Steuersenkungen und gleichzeitigen Erhöhungen von Sozialleistungen – zum Teil geradezu widersprüchlich sind und somit jede rationale Antwort der politischen Elite auf die Erwartungen der Protestierenden zwangsläufig nicht alle zufrieden stellen kann. Ungeachtet dieser Heterogenität der Bewegung, die auch in der bereits erwähnten Zusammensetzung aus friedlichen und gewaltbereiten Kräften zum Ausdruck kommt, eint die Gelbwesten die Enttäuschung und Entrüstung über Macron, dem sie aufgrund seines „sozialen Antlitzes“ ihr Vertrauen geschenkt hatten und der sie nun mit ihren Problemen allein lasse. Insofern verkörpern die Gelbwesten keine politisch homogene Gruppierung mit gemeinsamer politischer Programmatik, sondern es finden sich in der Bewegung Sympathisanten unterschiedlichster politischer Lager zusammen, deren emotionales Gemeinschaftsgefühl, genährt durch die gemeinsame Perzeption der Unterprivilegierung durch unsoziale und ungerechte politische Prioritätensetzung, den Mobilisierungsfaktor der Protestwelle darstellt.<sup>4</sup>

Unter den „gilets jaunes“ ist die Frage umstritten, ob sich die bislang dezentrale, formlose und über soziale Netzwerke organisierte Bewegung feste, parteiähnliche Strukturen geben sollte. Hartgesottene Kritiker des französischen „Systems“ plädieren für die Beibehaltung des bisherigen Modus, andere glauben, durch feste Strukturen die Erfolge ehemaliger Protestbewegungen wie Podemos in Spanien oder die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien kopieren zu können.<sup>5</sup> Präsident Macron kann der Perspektive der Mutation der Gelbwesten zu einer parteiähnlichen Gruppierung eher gelassen entgegensehen: Aufgrund der politisch heterogenen Zusammensetzung der losen Bewegung wäre im Falle einer Veränderung in Richtung „Gelbwesten-Partei“ eher eine politische Spaltung wahrscheinlich. Sollten die Gelbwesten, was sie jüngst angedeutet haben, bei den Europawahlen tatsächlich mit einer „gelben Liste“ antreten, würden sie dem „Rassemblement National“ und der Linkspartei „La France Insoumise“ wertvolle „Stimmen streitig machen.“<sup>6</sup>

## Geldregen als Besänftigungsstrategie

Nachdem er die Verhängung einer Ökosteuer auf Kraftstoffe unter dem Eindruck der eskalierenden Protestwelle bereits für sechs Monate ausgesetzt hatte, versuchte Präsident Macron darüber hinaus, der Gelbwesten-Bewegung durch Geldgeschenke für Bedürftige Wind aus den Segeln zu nehmen. In einer am Abend des 10. Dezember 2018 im Fernsehen ausgestrahlten, mit einer Länge von knapp 13 Minuten bemerkenswert kurzen Rede an die Nation versprach er Geringverdienern eine monatliche Zulage von 100 Euro, Rentnern den Verzicht auf eine Erhöhung der Sozialabgaben und generell eine Steuerbefreiung der Entlohnung für Überstunden. Dass er mit diesem Maßnahmenbündel, das den französischen Staat zwischen 12 und 15 Milliarden Euro kosten und sich für den Sozialstaatsreformer und „Europa-Erneuerer“ Macron zu einem tonnenschweren Klotz am Bein<sup>7</sup> entwickeln wird, die Sozialproteste nicht zum verstummen brachte, hängt mit der bereits erwähnten emotionalen Dimension der Protestbewegung zusammen: „In Frankreich geht es nicht nur um Geld, sondern um Gefühle.“<sup>8</sup> Macrons hartnäckige Weigerung, die Abschaffung der Vermögenssteuer wieder zurückzunehmen, ist insofern weniger in finanzieller Hinsicht bedeutsam, sondern mit Blick auf die damit verbundene Signalwirkung, zumal die Protestbewegung darin ihren Vorwurf, der Präsident der Republik sei ein „Präsident der Reichen“, bestätigt sah. Zwar

versuchte Macron in seiner von 23 Millionen Zusehern verfolgten Fernsehansprache, in der er einen „sozialen und wirtschaftlichen Ausnahmezustand“ konstatierte, alle rhetorischen Register zu ziehen, „einschließlich des hohen romantischen Pathostons“<sup>9</sup>; allerdings konnte er die Gelbwesten (die er in seiner Rede mit keinem Wort erwähnte!) mit seinen finanziellen Zugeständnissen nicht überzeugen und damit auch keinen nachhaltigen „Befreiungsschlag“ erringen.<sup>10</sup>

Anders als sein Vorgänger Charles de Gaulle, der sich in seiner berühmten Rede am 4. Juni 1958 auf dem Balkon des Generalgouvernements am Place du Forum in Algier medienwirksam als Präsident aller Franzosen mit den später häufig zitierten Worten „Je vous ai compris!“ (Ich habe Euch verstanden!) inszenierte, scheint Macron ungeachtet ähnlich klingender Botschaften („Votre message, je l’ai entendu“ – Ich habe Eure Nachricht gehört) den Draht zu breiten Kreisen der französischen Bevölkerung („le peuple“) mittlerweile verloren zu haben.

### **Soziale Gerechtigkeit oder Bekämpfung des Klimawandels?**

In öffentlichen Stellungnahmen versuchte der Präsident, die Notwendigkeit der Erhöhung der Steuer für Benzin und Diesel mit seinem Ziel der Verbesserung der Klimabilanz Frankreichs zu legitimieren. Macrons diesbezügliches Maßnahmenpaket umfasst neben der Förderung der Elektromobilität die systematische Reduzierung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren auf Frankreichs Straßen. Was Macron offensichtlich völlig falsch einschätzte, war die Tatsache, dass der Großteil der Bevölkerung unter der von ihm im Wahlkampf 2017 versprochenen „Revolution“ nicht die für viele abstrakt klingende „Rettung des Planeten“ verstand, sondern konkret erwartete, dass er für eine signifikante „Verbesserung ihrer Lebensumstände“ sorgen würde.<sup>11</sup> Nun wird ihm vorgeworfen, er konzentriere sich auf das „Ende der Welt“ („la fin du monde“) statt sich um seine sozial schwächeren Landsleute („les fins de mois“)<sup>12</sup> zu kümmern.

Viele Franzosen, insbesondere in ländlichen, nicht durch öffentlichen Nahverkehr flächendeckend versorgten Regionen, sind auf ihr Kraftfahrzeug als Transportmittel angewiesen. Für einen großen Teil dieser Fahrzeugbesitzer bedeutet selbst eine moderate Erhöhung der Treibstoffpreise von wenigen Cent pro Liter eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung. Das durchschnittliche französische Monatseinkommen liegt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bei etwa 1700 Euro. Wenn in den Medien gleichzeitig Berichte kursieren, wonach sich die Kosten für Frisur und Make-Up des Präsidenten der Republik und seiner Gattin Brigitte monatlich zu einem Mehrfachen dieses Betrages summieren, dann wird nachvollziehbar, dass die geplante Ökosteuer auf Benzin und Diesel der Tropfen war, „der das Fass zum Überlaufen brachte“.<sup>13</sup>

### **Macrons neue „nationale Debatte“**

Während die Gelbwesten anfänglich vor allem ihrer Empörung über die Treibstoffsteuererhöhung im Speziellen sowie über die hohe Steuerquote und teuren Lebenshaltungskosten im Allgemeinen Luft machten, erfuhr die Protestbewegung im Zuge ihres Anschwellens eine deutliche Politisierung insofern, als mehr und mehr auch Forderungen etwa nach einer direkten Mitsprache für das französische Volk mittels eines Referendums- und Initiativrechts erhoben wurden. Delikat ist, dass diese Forderungen der Gelbwesten nach einer entsprechenden Verfassungsänderung auch vom rechtsradikalen „Rassemblement

National“ sowie der Linkspartei („La France Insoumise“) und den Kommunisten („Parti Communiste Français“) unterstützt werden. Ob Macron auch in dieser Frage zum Nachgeben bereit ist, lässt sich noch nicht absehen. Er hat jedenfalls entschieden, dass im Zuge einer „großen nationalen Debatte“ im ganzen Land dreimonatige Regionalkonferenzen unter der Schirmherrschaft der Bürgermeister durchgeführt werden, in denen im Dialog zwischen Wortführern der Gelbwesten und Vertretern des Staates, der Städte und der Gemeinden „Antworten auf die Wut im Land erarbeitet werden“.<sup>14</sup> Konkret sollen im Zuge dieser Mitte Januar begonnenen Aktion, an deren Ende nicht weniger stehen soll als ein „neuer Vertrag für die Nation“, die Bürgerinnen und Bürger zur Energiewende, zur Steuerpolitik, zu Demokratie und Staatsbürgerschaft sowie zu einer Staatsreform befragt werden – das sind die Themenbereiche, die auch von den Gelbwesten schwerpunktmäßig genannt wurden.<sup>15</sup>

Mit dieser neuen Attitüde, die strikte Zentralisierung des französischen politischen Systems in Frage zu stellen und die Départements, Regionen und Gemeinden unmittelbar anzusprechen, könnte Macron ein kluger Schachzug gelingen. Angesichts des in den ländlichen Gegenden verbreiteten Unmutes über die gängige Praxis, dass in Paris entschieden wird, was „gut sei für das ganze Land“<sup>16</sup>, hat Macron intuitiv erkannt, dass er in der jetzigen Krisensituation bei den Bürgermeistern neue Verbündete finden kann. „Sie können die Beziehung des Präsidenten zum Volk herstellen, die bisher fehlt“.<sup>17</sup> Umsonst wird die Zustimmung der Bürgermeister allerdings nicht zu bekommen sein. Wenn Macron bei den „maires“ punkten möchte, muss er die Dezentralisierung konsequent umsetzen und die Zuständigkeiten für Steuern und Finanzen von oben nach unten verlagern.<sup>18</sup>

Mit der von ihm ausgerufenen „nationalen Debatte“ geht Macron aber auch Risiken ein, zumal einige der Bürgermeister bereits ihren Unmut darüber geäußert haben, die Debatten auf „Geheiß des Elysée-Palastes organisieren zu müssen“.<sup>19</sup> Außerdem zeichnet sich in den sozialen Netzwerken ab, dass zumindest Teile der Gelbwesten-Bewegung Macrons Initiative als „Werbekampagne“ abtun und dazu aufrufen, nicht auf seine „Vernebelungstaktik“ hereinzufallen.<sup>20</sup> Und schließlich, das legen die vielen Tausend Einträge in den Beschwerdeheften („cahiers de doléances“) nahe, die in den Rathäusern in ganz Frankreich ausliegen, muss befürchtet werden, dass die Kampagne aufgrund der geradezu ausufernden Vielfalt der Forderungen aus dem Ruder läuft<sup>21</sup> und letzten Endes ergebnislos versandet, zumal Macron bereits angedeutet hat, dass er über einige zentrale Anliegen der Bürger wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer nicht zu debattieren bereit ist.

## **Schatten über dem Europa-Wahlkampf**

Die Proteste der Gelbwesten, die über die Weihnachtsfeiertage und das Jahresende 2018 vorübergehend abebbten, ab der zweiten Januarwoche 2019 aber wieder deutlich an Zulauf gewannen, haben zu erheblich reduzierten Wachstumsprognosen der französischen Wirtschaft geführt und insbesondere der französischen Tourismusbranche bereits schwere Einbußen beschert.

Durch die Rücknahme der Treibstoffsteuer-Erhöhung und seine Geldgeschenke an sozial Schwächere konnte Macron der Protestbewegung zumindest vorübergehend Wind aus den Segeln nehmen, aber der Preis für die Kurskorrektur ist hoch: Erstens wird die Autorität des französischen Staatspräsidenten als führendem Verfechter des Pariser Klimaabkommens geschwächt, wodurch es fraglich erscheint, ob er wie geplant die Grünen als Mitstreiter für die Europawahlen gewinnen kann.<sup>22</sup> Zweitens wird Frankreich das

Maastricht-Kriterium eines dreiprozentigen Haushaltsdefizits reißen und damit seine Glaubwürdigkeit im Kreise europäischer Partner und der EU untergraben. Drittens droht aufgrund der politischen Krisensituation der französische Europa-Wahlkampf zu einem Referendum über den Präsidenten der Republik zu mutieren. Aktuelle Umfragen sehen den rechtsradikalen, europafeindlichen „Rassemblement National“ vor Macrons „La République en Marche“ und prognostizieren auch der europakritischen „La France Insoumise“ ein gutes Abschneiden.<sup>23</sup>

Für Macron bedeutet dies, dass seine als „Progressivismus“ etikettierte Europa-Reformstrategie ins Wanken gerät, zumal seine „Autorität als Ideengeber und Anführer des proeuropäischen Lagers stark von seiner Glaubwürdigkeit im eigenen Land“ abhängt.

Letztere wiederum ist dadurch geschwächt, dass seine vielzitierte „Formel des ‚en même temps‘ – gleichzeitiger liberalisierender und sozialer Maßnahmen“ – nicht „zum gewünschten Ergebnis“ führt und er deshalb „ein neues Narrativ“ benötigt.<sup>24</sup> Ob dies im Zuge der „großen nationalen Debatte“ generiert und in seinem „neuen Vertrag mit der Nation“ verankert werden kann, werden die kommenden Wochen und Monate zeigen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Wysling, Andres: Paris versucht den Protest zu ersticken, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 10.1.2019.

<sup>2</sup> Demesmay, Claire: Frankreich vor der Europawahl, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAPStandpunkt 1, 16.1.2019, S. 2.

<sup>3</sup> Ferber, Michael: Die Widersprüche der Gelbwesten, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.12.2018.

<sup>4</sup> Vgl. das Interview Alain Zuckers mit der französischen Schriftstellerin Virginie Despentes in: NZZ am Sonntag, 30.12.2018.

<sup>5</sup> Finkenzeller, Karin: Der Fluch der Formlosigkeit, in: Die Zeit, 17.1.2019.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Ross, Andreas: Klotz am Bein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.12.2018.

<sup>8</sup> Meister, Martina: In Frankreich geht es nicht nur um Geld, sondern um Gefühle, in: Die Welt, 12.12.2018.

<sup>9</sup> Krause, Tilman: Die Rede stirbt zuletzt, in: Die Welt, 12.12.2018.

<sup>10</sup> Ross: Klotz am Bein, 12.12.2018.

<sup>11</sup> Belz, Nina: Jupiter bekommt den Volkszorn zu spüren, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.12.2018.

<sup>12</sup> Damit gemeint sind all diejenigen, die zum Ende des Monats in Geldnöte kommen.

<sup>13</sup> Belz: Jupiter bekommt den Volkszorn zu spüren, 10.12.2018.

<sup>14</sup> Wiegel, Michaela: Abstimmen gegen die Wut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.2018; Balmer, Rudolf: Proteste in Frankreich flauen ab, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.12.2018; Klimm, Leo: Genug demonstriert, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2018.

<sup>15</sup> Belz, Nina: Die „gilets jaunes“ im Aufwind, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.1.2019; Belz, Nina: Macron lanciert „nationale Debatte“, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.1.2019.

<sup>16</sup> Wysling, Andres: Niemand braucht einen Jupiter, in: Neue Zürcher Zeitung, 31.12.2018.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Wiegel, Michaela: Kostspielige Debatten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.2019.

<sup>20</sup> Belz: Macron lanciert nationale Debatte, 16.1.2019.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Hamann, Julie: Frankreichs Reformdilemma, DGAPstandpunkt 24, 14. Dezember 2018, S. 2f.

<sup>23</sup> Demesmay: Frankreich vor der Europawahl, S. 3.

<sup>24</sup> Hamann: Frankreichs Reformdilemma, S. 1.

### **Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München, sowie  
Honorarprofessor für Internationale Politik an der Universität Regensburg